

Nr. 8/18 | 24.2.2014

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Parteifreundinnen,
liebe Parteifreunde,

in jeder Sitzungswoche des Deutschen Bundestages berichte ich Ihnen über die aktuellen politischen Geschehnisse aus Berlin. Ferner gebe ich Ihnen einen Einblick in meine Arbeit und meinen Einsatz für Mannheim in Berlin.

Es grüßt Sie sehr herzlich

Ihr

A handwritten signature in blue ink, appearing to read 'Egon Jüttner'.

Egon Jüttner

HEUTE LESEN SIE IM BERICHT AUS BERLIN:

1. ISAF-Einsatz in Afghanistan
2. Änderung des Abgeordneten-
gesetzes
3. EUTM-Einsatz Mali
4. Gesetz zur Änderung des
Schulobstgesetzes
5. Relevantes aus Mannheim

1. Fortsetzung des ISAF-Einsatzes in Afghanistan

In namentlicher Abstimmung hat der Bundestag über den Antrag der Bundesregierung auf Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte am Einsatz der Internationalen Sicherheitsunterstützungstruppe in Afghanistan (ISAF) bis zum 31. Dezember 2014 entschieden. Das deutsche Kontingent kann bis zu 3.300 Soldaten umfassen, einschließlich der Rückverlegungskräfte. Die ISAF wird im laufenden Jahr schrittweise die Sicherheitsverantwortung an die afghanischen Sicherheitskräfte übertragen. Die Bundeswehr bleibt bis dahin weiterhin ein zuverlässiger Partner in der Gewährung von Sicherheit für die friedliche zivile Entwicklung des Landes. Ihr Einsatz zeigt Erfolg, wie der Bericht der Bundesregierung aufzeigt – die Sicherheitslage in Afghanistan hat sich während des Einsatzes stetig verbessert.

2. Gesetzesänderungen für Abgeordnete

Gesetz zur Änderung des Abgeordnetengesetzes und Gesetz zur Änderung des Europaabgeordnetengesetzes.

In zweiter und dritter Beratung hat der Bundestag eine umfassende Reform des Abgeordnetenrechts beschlossen. So werden die Diäten an das seit 1995 vorgesehene Niveau angehoben, ihre Anpassung künftig an die Lohnentwicklung der Beschäftigten gekoppelt und zugleich Einschnitte bei der Versorgung vorgenommen. Die Maßnahmen folgen im Wesentlichen den Vorschlägen einer Unabhängigen Expertenkommission.

Strafrechtsänderungsgesetz - Erweiterung des Straftatbestandes der Abgeordnetenbestechung. Wie im Koalitionsvertrag zugesagt, erfassen wir durch eine Ergänzung des Strafgesetzbuches korruptive Verhaltensweisen von und gegenüber Mandatsträgern. Über den bisher schon strafbaren Stimmenkauf hinaus werden nun auch ungerechtfertigte Vorteile erfasst, die als Gegenleistung für eine mandatsbezogene Handlung oder Unterlassung im Auftrag oder auf Weisung des Vorteilsgebers gefordert, vereinbart oder angenommen werden. Das Gesetz setzt internationale Verpflichtungen um, die die damalige rot-grüne Bundesregierung eingegangen war.

3. Fortsetzung der Ausbildungsmission EUTM Mali

Ebenso in namentlicher Abstimmung wurde der Antrag der Bundesregierung zur Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der EU-geführten Ausbildungsmission in Mali beschlossen. Das Mandat läuft bis zum 28. Februar 2015. Aufbauend auf dem bisherigen Erfolg dieser Ausbildungsmission soll die Zahl der Ausbilder erhöht und die Personalobergrenze von 180 auf 250 Soldaten angehoben werden. Unser stärkeres Engagement dient der Befähigung der malischen Streitkräfte gegen die stark angewachsene Gefahr durch terroristische Gruppierungen in Mali. Eine Stabilisierung der Lage zeichnet sich bereits ab.

4. Gesetz zur Änderung des Schulobstgesetzes

Das seit 2009 bestehende EU-Schulobstprogramm ist Teil der Gemeinsamen Agrarpolitik. Es soll Kindern und Jugendlichen die Bedeutung von Obst und Gemüse für die Ernährung bewusst machen. In zweiter und dritter Beratung hat der Bundestag mit den Stimmen der Koalition die Erhöhung des Kostenanteils für die EU von 50 auf 75 Prozent beschlossen, wodurch teilnehmende Länder schon im Schuljahr 2014/2015 von geringeren Eigenanteilen profitieren können.

5. Relevantes aus Mannheim und der Region

Informationen über die Ziele der Großen Koalition

Im Rahmen einer Veranstaltungsreihe „Ziele der Großen Koalition“ informiere ich die Bürgerinnen und Bürger über die Vorhaben der Bundesregierung in den kommenden vier Jahren in ganz Mannheim. 185 Seiten umfaßt der Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD. Er ist zentrales Thema bei meinen Veranstaltungen. Bei vielen bedeutenden Themen, wie beispielsweise der Frage solider Finanzen oder der Mütterrente, konnte sich die Union durchsetzen. Themen meiner Veranstaltungsreihe sind auch der gesetzliche Mindestlohn, die Rente mit 63, die Mütterrente sowie die Gesundheits- und Pflegepolitik. Neben bundespolitischen Themen thematisiere ich auch die Anliegen Mannheims und der Metropolregion an den Bund. Bürgerinnen und Bürgern gebe ich Gelegenheit, ihre Anregungen und Fragen vorzutragen, die ich an die politisch Verantwortlichen in Berlin weiterleite.

Die nächsten Veranstaltungen finden statt am:

- 16. März 2014
- 5. April 2014
- 28. April 2014
- 23. Mai 2014
- 6. Juni 2014

Gerne nehme ich Anregungen von Ihrer Seite auf. Schreiben Sie mir bitte nach Berlin oder rufen Sie mich an.

Prof. Dr. Egon Jüttner MdB

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Tel. 030 / 227 – 722 91

E-Mail: egon.juettner@bundestag.de

Internet: www.egon-juettner.de